

## TAGUNGEN

### Die Politisierung der Europa-Frage

Die Politisierung der Tätigkeit des Europäischen Parlaments, auf die bereits in unserem letzten Bericht hingewiesen wurde, kam auf der *Märztagung in Straßburg* erneut stark zum Ausdruck. Sie ist nur eine Folge der Ereignisse auf der internationalen Ebene. Da war kurz zuvor die *Aufwertung der D-Mark*, an der man Kritik übte — nicht so sehr in der Sache, als vielmehr deshalb, weil die Bundesrepublik diesen Schritt ohne Verständigung ihrer mitbetroffenen Nachbarn völlig überraschend gemacht hatte. Das formelle Recht dazu wurde von der EWG-Kommission bestätigt, der peinliche Eindruck eines wenig rücksichtsvollen Alleingangs ließ sich jedoch nicht verwischen. Viel bedeutsamer noch war die Nachwirkung der *Pariser Konferenz der Ministerpräsidenten der Sechs* vom 10. und 11. Februar. Hier war die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Frage beschlossen worden, wie eine engere politische Zusammenarbeit der Gemeinschaftsländer, insbesondere auf dem Gebiet der Außen- und der Kulturpolitik, gesichert werden könnte. Hätte man dabei auf dem Bestehenden auf-

bauen wollen, so wären nicht die Ministerpräsidenten, sondern der eigens für die Gemeinschaft bestehende Ministerrat in der Sache tätig geworden. So aber warfen sich Fragen auf wie: würde die EWG und vor allem die parlamentarische Kontrolle der Gemeinschaftsarbeit davon berührt werden? Oder sollte sogar ein neues Organ zu den vielen Instanzen hinzu geschaffen werden, die sich mit der Europafrage befassen, und das, obwohl die bisherigen Elemente der EWG doch noch recht fragil sind? — Eine klare Antwort auf solche Fragen wird es erst geben, wenn am 19. Mai die Vorschläge des erwähnten Ausschusses vorliegen. Die beruhigende Erklärung des Präsidenten des Ministerrates ging nun im wesentlichen dahin, daß man sich keineswegs über die EWG hinwegsetzen wolle und vorerst zufrieden sein müsse, daß überhaupt einmal ein fester Termin für die Fortführung von Arbeiten gesetzt werde, die das Parlament selbst immer gefordert und unterstützt hatte.

Wenn das Europaparlament so auf seiner Mitwirkung besteht, so ist das keineswegs nur ein Streit um formaljuristische Zuständigkeiten. Schließlich ist diese Volksvertretung in dem Gewirr der vielen mit Europafragen befaßten Organisationen die einzige Volksvertretung mit gewissen, wenn auch recht be-

schränkten Kontrollrechten — was übrigens viel zuwenig beachtet wird. Die Entscheidung obliegt immer dem Ministerrat. Ihm gegenüber hat sich das Straßburger Parlament eine beachtliche Autorität erworben, die freilich mehr auf dem guten Willen beider Teile als auf rechtlichen Bestimmungen aufgebaut ist. Mit seiner Forderung nach Beschleunigung und Aktivierung der europäischen Integration, die auch diesmal wieder laut wurde, ist es bisher längst nicht im gewünschten Maße durchgedrungen. Schon dieser Umstand legt nahe, jetzt eine Stärkung der Rechte des Parlaments zu verlangen. Nun läuft mit 1961 die erste Phase der in den Römer Verträgen festgelegten Prozedur der Vereinheitlichung ab; in der dann beginnenden zweiten sind nicht mehr wie bisher einstimmige Beschlüsse des Rates, sondern in vielen Fällen nur Mehrheitsentscheidungen notwendig. Damit verlagert sich die Verantwortung weitgehend auf die Leitungsorgane, die Kommissionen. Sollen dann unkontrollierbare Einflüsse in Schach gehalten werden, so muß das Parlament größere Vollmachten in der Richtung eines echten Parlamentarismus erhalten und kann sich nicht mehr mit dem Recht der Beratung bescheiden. Das wurde von der sozialistischen Fraktion durch ihren Sprecher *Birkelbach* nachdrücklich betont. Zu den vielen Momenten, die dem Parlament in Straßburg einen mehr und mehr politischen Charakter geben, kommen neuerdings die Bemühungen um eine Einigung mit den Staaten der EFTA, die greifbare Formen annehmen, seitdem England zu gewissen Zugeständnissen bereit ist. Man will einer solchen Verständigung die Tür offenhalten, ohne auf die Festigung der bestehenden Organisation zu verzichten.

So ungefähr stellt sich konzentriert die große politische Aussprache dar, die am 9. März in Straßburg stattfand. Umrahmt war sie wie immer von einer Fülle Kleinarbeit, die auf die Beeinflussung der einzelnen Länder im Sinne gemeinsamer und allgemeingültiger Regelungen abzielt. Verabschiedet wurden hierzu Vorlagen und Entschließungen für die Liberalisierung des Niederlassungsrechts und des Dienstleistungsverkehrs, für die Regelung von Preisabschöpfungen bei der Einfuhr von Produkten der Nahrungsmittelindustrie auf beschränkte Zeit. Für die Grundlegung einer gemeinsamen Agrarpolitik wurden wesentliche Beschlüsse gefaßt, die auch die Lage der Landarbeiter berücksichtigen. Bei der Aussprache über die Konjunkturpolitik, die begonnen, aber nicht abgeschlossen wurde, wurden die Aussichten für das laufende Jahr in Europa mit Ausnahme Belgiens zuversichtlicher beurteilt als noch im Januar. Der Ausschußberichterstatter Dr. *Deist* versäumte nicht zu verlangen, daß die Auswirkungen der Preisauftriebenden auf die Löhne einer Nachprüfung bedürfen — ein Anliegen, das die Gewerkschaften besonders angeht, nach-

dem heute Rücksichten auf die internationale Lage gern von Unternehmerseite gegen berechtigte lohn- und sozialpolitische Forderungen geltend gemacht werden.

*Artur Saturnus*

### Personalpolitik im Zeichen zunehmender Automatisierung

Technischer Fortschritt, Mechanisierung, Rationalisierung, Automatisierung, Automation — so schwirrten die Formeln in der für Gewerkschafter wie Unternehmer gleich interessanten Tagung der Rationalisierungs-Gemeinschaft *Mensch und Arbeit* im RKW (*Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft*) in Frankfurt (23724. Febr. 1961) durcheinander.

„Der Begriff der ‚Rationalisierung‘“, meinte Direktor *Jungbluth*, der Vorsitzende der R. G. Mensch und Arbeit, „ist auch den Unternehmern nur schwer aufgegangen, am schwersten im Gebiet der Personalpolitik. Personalpolitik heißt Formung von Menschen. Patriarchalische Denkformen, die noch nicht überwunden sind, müssen heute einem Umdenken weichen. Über den Menschen und seine inneren Triebfedern, über die sozial-ethischen Wirkungen des technischen Fortschritts wissen wir zuwenig.“

Bei Tagungen solcher Art kann die Diskussion ebenso fruchtbare Ergebnisse zeitigen wie der Vortrag. Nach dem ersten Referat „Die sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts“, das *Edgar Wolf* vom IFO — Institut für Wirtschaftsförderung — in München hielt, war allerdings die Aussprache etwas mager. Vielleicht deshalb, weil der Vortragende so instruktive Schaubilder zum Thema beisteuerte, daß die Teilnehmer sich genügend informiert fanden. — Der Grundton der Ausführungen war ein wohltemperierter Optimismus. Noch melden, unter hochentwickelten Produktionsmethoden, sich keine Anzeichen technischer Arbeitslosigkeit an, obschon die Personaleinsparungen in vielen Betrieben erstaunlich sind. Die günstige Arbeitsmarktlage macht es aber möglich, daß bei niedriger bewerteten Arbeitsplätzen die umgruppierten Arbeiter keine Lohneinbußen erleiden. Das später in der Diskussion aufklingende Wort von den Automationsgeschädigten hat vorerst noch keine praktische Bedeutung.

Als beachtliche Diskussionsbeiträge des ersten Tages erwiesen sich die von gewerkschaftlicher Seite gestellten Fragen nach Automatisierung und Frauenarbeit, nach dem raschen Verschleiß der Arbeitskraft bei automatisierter Fertigung und das besondere Problem der Umschulung und Berufsausbildung. Die Frauen, meinte Herr Wolf, reagierten arbeitspsychologisch wie die Männer, hätten aber mehr Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Den

jungen Arbeiter und Angestellten ficht die Arbeitsbelastung im automatisierten Betrieb, der sich, mehr in nervlicher als körperlicher Anstrengung äußert, weniger an. Er kann sich leichter umstellen und zeigt oft eine gewisse Freude am technischen Fortschritt. Bei den Älteren aber ist oft die Macht der Gewohnheit ein erhebliches Hindernis.

Direktor *Jungbluth* äußerte hinsichtlich der Berufsausbildung und ihrem üblichen Schema erhebliche Bedenken. Noch immer würden zu viel Kaufleute ausgebildet, und die Facharbeiterausbildung sei teilweise wohlmeinender Dilettantismus. Es fehle eine gründliche Systematik der Ausbilder. Die deutschen Unternehmen hätten Scheu, an den nötigen Schulungen mitzuwirken. Die Amerikaner seien auch hier einem Erfahrungsaustausch viel zugänglicher.

Mit der „Personalplanung für technische Umstellungen“ beschäftigte sich Dr. *Jochen Wittginghausen* von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und entfesselte damit eine lebhaftige Debatte. Man muß sagen, daß der Referent ein wahres Füllhorn von Anregungen und Vorschlägen ausschüttete. Sie können nur in Stichworten vermerkt werden: Neue Berufsbilder, neue Mitarbeiter als Spezialisten, weniger Improvisation, mehr Teamwerk, Schulung und Rahmenplan für künftige Planung, Klarheit für die Anforderungen, die erwartet werden; die Umstellungen müssen motiviert sein, der Betriebsrat soll von der Notwendigkeit der Umstellung überzeugt sein; technische Schulung in allen Schichten der Beschäftigten; mehr Kontakt zwischen Industrie und Schule; Grundlagenforschung muß zentralisiert werden; allgemeiner technischer Fortschritt, nicht nur Automation; technischer Fortschritt auch im Kleinbetrieb, überbetriebliche Schulungshilfen, kein Betriebsegoismus bei der betrieblichen Ausbildung.

Der Unternehmerstandpunkt machte sich geltend mit der Meinung, jede Schulung und Ausbildung brauche Opfer. Es könne nicht alles vom Unternehmer verlangt werden. Die Gewerkschafter wendeten ein, falls die Schulung der Arbeitskräfte sich in erhöhter Produktivität zugunsten des Unternehmens auswirke, könne vom Arbeitnehmer kein zusätzliches Opfer in Form von Freizeitverlust und Selbststudium verlangt werden. Beide Sozialpartner erkennen an, daß das Verständnis für Nutzen und Notwendigkeit technischer Neuerung und rationeller Arbeitsmethoden in den Belegschaften wächst.

„Die Auswirkung der Rationalisierung für die Heranbildung von Führungskräften“ behandelte Dr. *Willi Teurer* von der Europäischen Produktivitätszentrale in Paris. Manche Unternehmer halten nichts von Methoden der Ausbildung von Führungskräften. Gegenüber dieser Ansicht brachte Dr. Teurer ein Programm der vielfältigen Methoden der Ausbil-

dung von Führungskräften wirksam zur Darstellung. Unternehmungsführung muß als Entwicklungsprozeß gesehen werden, der zum konzeptionalen, schöpferischen Denken führt. Ausbildung durch Führung, weniger durch differenzierte Kurse, ist ausschlaggebend.

Eine lebendige Pressekonferenz gab reichlich Stoff zur weiteren Zergliederung der gestellten Themen. Es stellte sich die Frage, wie sich unter der Wirkung des technischen Fortschritts die Relation Arbeiter und Angestellte ändert. Wandeln sich soziale Fürsorge und Betreuung stärker zur selbständigen Mitarbeit? Wie hoch ist der Anteil der vollautomatischen Betriebe im Vergleich zu der Gesamtzahl der Unternehmen? Die Frage ist schwierig, denn von voller Automation kann nur geredet werden, wenn die Maschinen nicht von Menschen, sondern ebenfalls von einer Maschine, wie einem elektronischen Kalkulator, bedient werden, der Störungen und Fehler selbsttätig regulieren kann. Die Vorstufe der eigentlichen Automation, in der sich die deutsche Industrie im wesentlichen befindet, wird darum als Automatisierung bezeichnet.

Prof. *Salin*, als letzter Referent, erklärte in Ausführungen über „personalpolitische Konsequenzen der Bürorationalisierung“, daß die Rationalisierung bzw. Automatisierung die höchsten Fortschritte im Bürobetrieb zu verzeichnen habe. Mit der Schreibmaschine war das Büro erstmalig technisiert worden, aber jetzt gehe die Zeit der Sekretärinnen zu Ende. Die elektronische Automation im Bürobetrieb kam 1952 auf; heute gibt es schon eine Serienfabrikation elektronischer Apparate. Der Ersparnisgrad der neuen Technik, im Vergleich zu den bisherigen Büromaschinen, beträgt 80 vH. Die Reaktion der Arbeitenden gegenüber den Maschinen ist noch nicht klar geworden. Es besteht die Gefahr, daß heute Arbeitskräfte für Berufe ausgebildet werden, in denen für sie später keine Verwendung ist.

Die Qualität des Arbeitsplatzes wächst. Dem Programmier fällt eine besondere Denkarbeit zu. Doch der Chef ist nicht mehr so maßgeblich wie das Management und das organisierte Büro.

Die Diskussion erweiterte kritisch wie positiv das große Arbeitsgebiet der Büropraxis, das auch die amtlichen Verwaltungen einschließt. Die Bäume wachsen hier auch nicht in den Himmel, war eine Meinung. Die elektronisch betriebene Arbeitsmaschine muß genügend gefüttert werden und braucht erhebliche Investitionsmittel. Mit der Rationalisierung schwinden alte, aber es erscheinen auch neue Berufe. Der technische Fortschritt in allen Formen ist nicht Selbstzweck, sondern dient der Erhöhung des Lebensstandards. Das war die Schlußfolgerung der bedeutsamen Tagung, bei der der Beitrag der Gewerkschafter in Aussprache und Verhandlungsführung besonders eindrucksvoll war. *Adolf Leweke*